

Bezugspreis: Vierteljahr 1,20 RM., monatlich 3,30 RM. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die abgetippten Kompositionen ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 8. Dezember 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die Entente befiehlt.

Demokratisierung der Einwohnerwehren.

Von Ed. Bernstein

Fast gleichzeitig mit dem Aufruf des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei, der die Parteimitglieder zum Eintritt in die Einwohnerwehren auffordert, damit diese nicht zu reaktionären Zwecken mißbraucht werden können, erschien die Note des Obersten Rates der Alliierten, die Deutschland das Verbot der Einwohnerwehren androht, weil diese verkappte Rekrutenkorps für eine spätere Revandarmee seien.

Ich will den Verfassern der Artikel nicht jeden guten Glauben absprechen. Das gewissenlose Spiel unserer Reaktionenäre mit der Revandarmee bringt es mit sich, daß, wo diese unter sich sind, Redensarten folgen, die den Glauben erwecken, es handle sich um die Einbildung für den Tag des Rachekrieges.

Es ist auch nicht anzunehmen, daß die Führer der Nationalisten und sonstigen Reaktionenäre im Ernst an die Möglichkeit eines Rachekrieges glauben. Gewiß, doch macht blind, und im allgemeinen sind Menschen geneigt, das zu glauben, was sie wünschen.

Das laßen sich die Hintermänner der nationalitischen Propaganda überdies auch und wenn sie trotzdem ihre Agenten im Lande den ob irgendwelcher Wohnorten der Alliierten Erbitterten das Truggebilde eines ihnen Genugtuung verschaffenden Rachekrieges vorgaukeln lassen, so geschieht es wider besseres Wissen.

Wider besseres Wissen, aber mit wohlüberlegter Berechnung. Der Song vom Rachekrieg ist das Lied, um Himmel ins monarchistische Horn hineinlaufen zu machen. Den Leuten wird von der Wiederherstellung der Monarchie alles mögliche versprochen: sie soll den Rachekrieg in die Wege leiten, sie soll die wirtschaftlichen Rote beseitigen, Handel und Industrie die erforderliche Sicherheit ruhiger Entwicklung schaffen, die Finanzwirtschaft aufheben, die Steuerung beseitigen, die Steuern ermäßigen und der Handel wech, was sonst noch Schönes verwirklichen.

Tatsächlich würde natürlich ein Sieg der militärischen Reaktion Deutschlands Vorgehen nach innen und nach außen nur verschlechtern. Nach außen hin, von außen her würde es den Druck der Alliierten bedenkend verbürgen und Deutschland mit einem Schlag die Sympathie

Das Ultimatum in Sicht.

Nach der Sonnabendfassung des Hänserrats traten die Delegierten der fünf Großmächte in einer geheimen Sitzung zusammen, in der sie den Text der Antwort auf die Mitteilung feststellten, die Hr. v. Leroyer am vergangenen Montag inbetreff des Zusatzprotokolls zum Friedensvertrag von Versailles dem Generalsekretär der Friedenskonferenz Datofta gemacht hat.

Die durch diesen Beschluß erneut bekämpfte Einigkeit der Ansichten, die unter den Alliierten herrscht, ist die bedeutendste Antwort, die auf die Intrigue der deutschen Reaktion gegeben werden kann. Das tiefste Geheimnis über die Note der Alliierten wurde natürlich noch bewahrt. Wir glauben immerhin mitteilen zu können, daß sie in energischem Ton gehalten ist und zugleich die wünschenswerten Maßnahmen in Aussicht stellt.

Man kann als gewiß annehmen, daß die Verhandlungen über die Inkraftsetzung des Friedensvertrages, wie es von Deutschland gewünscht wird, für diesmal abgeschlossen sind. Vielleicht kann man unter diesen Umständen sogar hoffen, daß Deutschland vor Ende dieser Woche zum Austausch der Ratifikation schreiten wird.

Bezüglich der Gefangenenfrage erinnert die Note daran, daß das Inkrafttreten des Friedensvertrages die sofortige Freilassung der Gefangenen herbeiführen wird.

Hinsichtlich der Verletzung der Schiffe in Scapa Flow und der diesbezüglich geforderten Kompensationen wird auf die Einwände der deutschen Delegation in einer besonderen Note geantwortet.

Der Oberste Rat schlägt damit, daß er die deutsche Regierung nachdrücklich auffordert, das Protokoll über die Nichterfüllung des Waffenstillstandsvertrages zu unterzeichnen. Sonst wäre er genötigt, Maßnahmen militärischer Natur zu ergreifen.

Ansichts der besonderen Wichtigkeit der Note wird diese von Datofta dem Chef der deutschen Delegation, Hr. v. Leroyer, persönlich übergeben.

Der „Tempo“ bezeichnet die Forderungen der Entente, deren Eintreffen also in den nächsten Tagen zu erwarten ist, nicht als Ultimatum, sondern als einen ausdrücklichen Befehl.

Aus diesen Inhaftierungen ist zu schließen, daß Deutschland nur die Alternative gestellt wird: entweder Übernahme der neuen erdrückenden Bestimmungen des Zusatzprotokolls oder Einmarsch der Alliierten auf der ganzen Linie. Die Entschädigungen für die Verletzung der Schiffe scheint ins Ultimatum nicht einzugehen zu sein. Wenigstens deutet die Bemerkung darauf hin, daß letztwegen eine besondere Note erscheinen wird.

Keine Festsetzung!

Die „Matin“ mitteilt, enthält die Note, die jedenfalls heute dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation überreicht werden wird, keine Aufforderung an die deutsche Regierung, innerhalb einer bestimmten Frist auf die Vorschläge des Hänserrats zu antworten. Sie enthält nur den Hinweis darauf, daß, falls die deutsche Regierung das Zusatzprotokoll nicht zeichnen und damit den Austausch der Ratifikationsurkunden unmöglich machen werde, der Waffenstillstand gelündigt werden wird.

der Neutralen und der auf Wüderung der Friedensbedingungen drängenden Elemente in den Ländern der Entente rauben. Im Innern bedeutete er die Anarchie, den unvermeidlichen Widerstand der sozialistischen Arbeiterschaft ohne Unterchied der Fraktionen. Die Militärbürokratie bröchte nicht die Rache, sondern die ewige Unruhe, nicht den Rachekrieg Deutschlands, sondern die gealterte Verklaffung Deutschlands. Ein Deutschland, das sich den Militärs in die Arme wirft, wird sich der Fremdbürokratie zu Füßen. Keinen Tag würden die Alliierten es unbelegt und seine Produktion unbewacht lassen.

Die skroffe Anwendung verschiedener Bestimmungen des Friedensvertrages, die eine mildere Auslegung verbürgen, verbanken wir dem Mißtrauen, das Fehler und Halbheiten der

Republik dieser immer von neuem zuziehen. Ich halte das Mißtrauen, das jetzt aus der Note mit Bezug auf die Einwohnerwehren spricht, für sehr übertrieben, aber darum doch für erklärlich. Sie sind nicht das, was die Note in ihnen sucht: Anstalten für die Einübung auf den Krieg noch aufzuheben. Sie sind dem ausgelegt, Anstalten für den Krieg nach tun zu werden. Durch das Fernbleiben unserer Leute bekommen in gar manchen von ihnen Leute die Oberhand, von denen man nicht zuviel sagt, wenn man sie als Rekruten der Reaktion bezeichnet.

Insofern kommt der Aufruf des Parteivorstandes seinen Zug zu früh. Aber was er empfiehlt, genügt nicht. Es genügt nicht und würde auch gar nicht durchführbar sein, die Einwohnerwehren, die für verschiedene ganz unpolitische Zwecke heute unentbehrlich sind, dadurch zu demokratisieren, daß man die sozialistischen Arbeiter veranlaßt, ihnen beizutreten. Wie jene heute beschaffen sind, werden an gar manchen Orten die Arbeiter es einfach nicht tun, und man kann es ihnen auch nicht sehr übel nehmen. Was zur Demokratisierung der Einwohnerwehren unumgänglich notwendig ist, ist ihre Unterstellung unter die demokratisch gewählten Gemeindevertretungen.

In dieser Erwägung hat die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion von Schöneberg, noch ehe der Aufruf des Parteivorstandes erschien, beschlossen, folgenden Antrag in der Stadtverordnetenversammlung einzubringen:

Für die Angelegenheiten der Einwohnerwehr wird eine Deputation, bestehend aus 9 Stadtverordneten und 4 Magistratsmitgliedern gebildet.

Die Wichtigkeit des Antrages springt in die Augen. Es gibt heute keine Stadt, in der nicht die Arbeiterchaft ihre Vertretung in der Gemeinde hat, und keine Stadt von Bedeutung, in der sie nicht stark genug vertreten ist, um die Wahl von Sozialisten in solche Deputation durchzuführen. Auf diese Weise erhält sie Einfluß auf die Verfassung, Gliederung, Leitung der Einwohnerwehr und kann sie die dieser beitretenden Arbeiter vor Zurücksetzung und dergleichen schützen. Das Mißtrauen, das heute die Einwohnerwehren umgibt und ihnen gewiß nicht zum Vorteil gereicht, wird gelüftet, sie werden gewissermaßen municipalisiert und der Einfluß der Sozialdemokratie wird sich als eine wirksame Gegenkraft gegen reaktionäre oder, wo solche sich zeigen sollten, militaristische Treiben bewähren.

Unlere Genossen in Schöneberg lenen daher auf diesen Antrag, der übrigens in anderer bestimmterer Form nur einen schon früher von ihnen eingebrachten und denselben Gegenstand behandelnden Antrag wiederholt, das allergrößte Gewicht, und die bürgerlichen Demokraten würden einen schauerlichen Fehler begehen, wenn sie helfen wollten, ihn nicht zuzustimmen. Kein vernünftiger Grund spricht gegen ihn, aber wer das im Vorbergehenden Dargelegte überdenkt, dem braucht man nicht lang und breit auseinanderzusetzen, welche gemichtigen Gründe für ihn sprechen. Er ist auf keinem Gebiete eine Wohnnahme, die Republik in den Rahmen einer Politik zu halten, deren Banner Friede, Freiheit und Wohlstand heißt.

Gefahren der Arbeitsgemeinschaften.

Die P. P. R. verbreiten eine mysteriös klingende Meldung „aus einflussreichen gewerkschaftlichen Kreisen“, die ins Deutsche überfetzt ungefähr folgendes besagt: In den Gewerkschaften wird mit Unbehagen beobachtet, daß die Arbeitervertreter in den Arbeitsgemeinschaften oft Preisserhöhungen zustimmen, ohne die Kalkulation der Unternehmer nachprüfen zu können. Die Zustimmung der Arbeitervertreter erfolge deshalb, weil diese für ihre engeren Berufsgenossen Vorteile erzielen können. Dieses Verfahren aber lasse die nötige Rücksichtnahme auf die wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse vermissen.

Wir haben kürzlich an der Haltung der Arbeitervertreter in den Arbeitsgemeinschaften Kritik geübt und begründen es daher, daß die Gewerkschaften selbst in dieser brennenden Frage die Initiative ergreifen wollen. Wenn man die Reueherungen der Unternehmer über Wesen und Ziele der Arbeitsgemeinschaften liest, so hat es allerdings den Anschein, als seien die Arbeitsgemeinschaften nur dazu da, um die Unternehmer zu stützen. Das bisherige Verhalten der Arbeitervertreter bürdet auf sie die volle Mitverantwortung für die endlosen Preisstreiferien, deren Opfer der letzte Verbraucher ist, besonders derjenige, der keine Lebenshaltung nicht durch eine Lohnbewegung aufbessern kann.

Kein Mensch wird daran denken, den Arbeitervertretern in den Arbeitsgemeinschaften bei ihrer Haltung den guten

Mancher abzufordern. Wenn sie aber selbst nicht in der Lage sind, die Anforderungen der Unternehmer zu überprüfen, so müssen sie sich eben sachverständige, proletarisch orientierte Sachverständige heranziehen, an denen es nicht fehlt, wenn man sie nur ruft. Dann wird es freilich beispielsweise den Herren der Schwerindustrie recht schädel werden. Aber das schadet nichts.

Auch sonst würde es nicht schaden, wenn die Arbeitervertreter in den Arbeitsgemeinschaften ihre Haltung bei Preis-erhöhungen nicht nur vor ihrer Fachgruppe, sondern vor dem gesamten Proletariat, d. h. in der breitesten Öffentlichkeit kundtun. Die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse lassen es unbedingt geboten erscheinen, daß der freiwillige Burgfrieden zwischen Unternehmern und Arbeitern gewahrt bleibt. Darum kann auch von einer Gefährdung des Gedankens der Arbeitsgemeinschaften noch lange nicht die Rede sein, wenn die Politik der Arbeitervertreter aus Mangel an Kenntnis der kapitalistischen Betriebsweise einige Fehler aufweist.

Nur müssen sie sich dabei bewußt bleiben, daß sie bei der Vertretung der Fachgruppe das Volkinteresse nicht und daß die Vernunft zwischen Unternehmern und Arbeiter — so nannte einmal Generaldirektor Bögl die Arbeitsgemeinschaften — durch eine kluge Auseinandersetzung und durch eine klare Haltung der besseren Hälfte nur gewinnen kann.

Deutschland erstarbt.

Der Ausschuss zur Förderung der deutschen Sparprämienanleihe veranstaltete am Sonntag vormittag im Plenarsitzungsaal des Reichstages unter dem Vorsitz des Präsidenten der Berliner Handelskammer, Franz v. Wendelsjohn, eine außerordentlich eindrucksvolle Kundgebung für die deutsche Sparprämienanleihe. Die Reichsregierung war durch die Minister Schmidt, Dr. Vell, Dr. Gehler, Erzberger, Dr. David, Giesberts und Schilde vertreten. Nach einer kurzen Begrüßung nahm der Reichswirtschaftsminister Schmidt das Wort zu einer Darstellung der deutschen Wirtschaftslage. Er führte u. a. aus:

Die Finanzverwaltung erbittet vom deutschen Volk die Mittel, um das Reich auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Genau so wie der Privatmann, der Kredit in Anspruch nehmen will, sich klar und offen über seine Verhältnisse auszusprechen muß, so muß es auch der Reichsfinanzminister tun als Verwalter des Vermögens des deutschen Volkes. In diesem Sinne mußte man sich fragen, ob es vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus möglich sei, das Reich wieder so flott zu machen, daß es Kapitalbindung und Verzinsung in normalen Bahnen erhalten könne. Wir wissen genau, daß wir noch schwereren Zeiten entgegengehen. Schwere und harte Aufgaben stehen uns noch bevor. Es wäre jedoch verfehlt, deshalb an unserer Zukunft zu verzweifeln. Es muß ausgesprochen werden, daß im Volke in Bezug auf die finanzielle Leistungsfähigkeit alles Mögliche und Unmögliche herbeigeführt sind. Wenn man sich jedoch das deutsche Wirtschaftsleben heute ansieht, so muß man selbstverständlich sagen, daß es noch nicht in besserer Ordnung ist. Ein Rückblick auf das verfloßene Jahr zeigt jedoch, daß

die Lage gegen den Beginn des Jahres doch ganz erheblich besser geworden ist. Demals gingen Streiks und politische Unruhen Hand in Hand, und die ganze Frage war berechtigt, ob es möglich sein würde, aus diesem Chaos überhaupt noch zu einer gelassenen Entwicklung zu kommen. Heute könne man nun übersehen, daß die gesamte gesunde Grundfläche gesunden worden ist. Für den Wiederaufbau der Industrie sind gewaltige Anläufe gemacht worden. Die Lohnbewegung ist in eine ruhige Bahn eingetreten. Allerdings zeigt die Preisbewegung noch eine auffällige Kurve. Das Gesamtbild ist aber betrübend. Der Minister wies dann auf die erhebliche Zunahme unseres Außenhandels hin, der sich aber noch in einem schnelleren Tempo bewegen muß. So zeigt sich, daß mit allen Mitteln an dem wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands gearbeitet werde. Die vielfach noch bestohene Arbeitskraft mancher Leute ist also keine politische Erscheinung, die Deutschland eigentümlich ist, sondern sie zeigt sich in allen Staaten, die in diesen Krieg hineingezerrt worden sind. Reizt nicht!

Das deutsche Volk kehrt zur Arbeit zurück. Der Minister belegte dann im Lauf seiner Ausführungen diese

erwartete Hoffnungen durch reichliches Material, das im vergangenen überwiegen worden ist. 30 Fachverbände und Gewerkschaften wiesen im September 22 Pro. Arbeitslos auf gegen 3.1 Pro. im Monat vorher. Im Dezember 1918 betrug der Prozentsatz auf 27 Pro. In einzelnen Industriezweigen herrscht geradezu Arbeitermangel. Der Minister wies dann darauf hin, daß man in den Werften in Kiel und Hamburg die Arbeit wieder aufgenommen habe. Er erklärte hierzu: „Ich bin kein großer Freund der Arbeit, aber außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Mittel. Da kann man nicht mit Theorien arbeiten, sondern nur mit der

Zuspannung aller Kräfte. Der Bergbau ist bereits auf dem besten Wege, wieder die volle Leistung der Vorkriegszeit zu erreichen. Man müsse sich bei der Verteilung der wirtschaftlichen Zukunft mit Ruhe und Geduld wappnen und nicht immer gleich die schmerzlichen Vorwürfe erheben. So wird man mitteilen, die beste Grundlage für den Wiederaufbau zu schaffen. Der Minister appellierte dann an die schon oft bewiesene Hilfsbereitschaft des deutschen Volkes, das dem Reich die nötigen Mittel zur Verfügung stellen wolle.

Nach dem Reichswirtschaftsminister wies noch der Reichsverkehrsminister Dr. Vell und der Reichsminister für Wiederaufbau Dr. Gehler auf die Notwendigkeit einer gemeinsamen Arbeit an Deutschlands Wiederaufbau und der Wiltz bei der Sparprämienanleihe hin. Schließlich wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

Vertreter der Reichsregierung und der verschiedenen Berufsstände richten an das gesamte deutsche Volk den Ruf, sich für die deutsche Sparprämienanleihe mit aller Kraft und Entschiedenheit einzusetzen. Mit deren gutem Gelingen beweist das deutsche Volk das unerschütterliche Vertrauen zu seiner Zukunft, das allein die Grundlage dafür bilden wird, daß es auch in der Welt das Vertrauen findet, dessen es für seinen Wiederaufbau bedarf. Es ist vaterländische Pflicht eines jeden einzelnen, in jedem Kreise und in jedem Berufsstand mit allen seinen Kräften diesem Werke, welches das deutsche Volk sich selbst errichten wird, zum vollen Erfolg zu verhelfen.

Leipzig.

Der unabhängige Parteitag hat den Beitrag für männliche Mitglieder auf 30 M. festgelegt, während die Sozialdemokratische Partei längst 1 M. erhebt. Ist es Vertrauen in die Beständigkeit des (Kostener) Programms, wenn man zu dem Konkurrenzmittel des niedrigeren Beitrages greift? Dittmann sprach von 750 000 Mitglieder und 148 700 M. Einnahmen an Pflichtbeiträgen. Wie kommt das? Angenommen, der Mitgliederstand sei in den sechs Berichtsmoaten fast gleich geblieben und habe die Zahl 500 000 erreicht; weiter angenommen, von jedem Beitrag seien 5 Pf. an die Genossenschaft abgeführt, dann macht das in einem halben Jahr schon 150 000 M. Wo sind eigentlich die zahlenden Mitglieder?

Dittmann, der Kostener ohne Einschränkung, wird in den Parteivorstand gewählt; — Redezeit, der wie jeden Zerrus so auch den der Sowjet bewirkt, fällt durch.

Dittmann erklärt, die Unabhängige Partei sei mit dem Herzen — man kann auch ruhig sagen: mit Wort und Tat — stets bei den Unabhängigen gewesen. Bis vor Gemeingut aller Sozialdemokraten die Erkenntnis, daß es in jeder Hinsicht, nach dem in solcher Zeit und nach vier Jahren Namensschwanda, Tausende gibt, die alte Preisbewegung mit der Folge ausgetragen wänden und denen es keineswegs um die Allgemeinheit, doch mehr jedoch um ihre höchstpersönlichen antisozialen Gelüste geht.

Fort auch mit diesem überlebten Marxplunder! Marx ist tot, aber Lenin lebt und — die Entente macht ihn täglich lebendiger.

Das beglückte Elsaß.

Der Arbeiter-Druckerei des „Vorwärts“ in Böhmi-Gebäude hat 14 000 Textilarbeiter ausgesperrt, weil sie nicht mehr zehn Stunden arbeiten wollen. Falls die Weigerung der Arbeiter anhält, ist die Aussperrung für sämtliche industrielle Betriebe beabsichtigt. Sämtliche durch Elsaß-Einträge von ausgemieteten

Deutschen gekauften Viegenkäse, Fabrikten und Bekände wurden auf Befehl der französischen Regierung beschlagnahmt.

Der gesamte Personenverkehr auf dem Eisenbahnnetz des ehemaligen Reichslandes ist vom 8. bis 14. Dezember wegen Kohlenmangel eingestellt.

Hungerauflände im Alpenland.

In den Innsbrucker Vorfällen wird noch berichtet: Freitag gegen 11 Uhr nachts zog eine Menge zum Ratterhaus der Barmherzigen Schwestern und suchte es zu stürmen. Der dort befindliche Barmherzigenpater gab Schüsse ab, wodurch zwei Personen verwundet wurden. Nachts aber waren teilweise Schüsse zu hören. Doch wurden Störungen verhindert. Somalend teilte die Landesregierung mit, daß acht Waggons Reis und drei Waggons Reis in Innsbruck eintrafen. Das italienische Kommando erwartete in Rom und Trient die Zustimmung, daß zwei Waggons Reis, die in Innsbruck lagern, für die Bevölkerung verwendet werden können. Die Landesregierung wendet drei Millionen Kronen auf, um mehrere Waggons Pflanzenfett und Kondensmilch zu ermäßigten Preisen abzugeben.

In Hallein, unweit Salzburg, erschienen 3000 Menschen vor der Bezirkshauptmannschaft wegen der Lebensmittelverknappung. Es kam zu Gewalttätigkeiten in den Räumen der Bezirkshauptmannschaft. Die Sicherheitsorgane waren machtlos.

Ueber das Wiener Fleisch

Führte in einer nur schwach besuchten Versammlung am Sonntag in der Philharmonie General Dr. Hartmann aus: Ein kleinerer Druck liegt über Wien. Das Wien von früher existiert nicht mehr. Es besteht nur noch ein Hungerndes, freies Wien voller verzweifelter Menschen. Es gibt kein Brot, keine Kartoffeln, keine Kohlen. In den Spitälern erkranken die kleinen Kinder. Scharlach und andere Seuchen haben die Sterblichkeit verdoppelt. Ein Zustand des Grauens und Entsetzens herrscht in Wien. Den Menschen ist alles gleichgültig geworden. Und es wird noch schlimmer kommen: vom 15. Januar ab werden überhaupt keine Lebensmittel mehr verteilt werden können. So heißen Dank die deutsche Hilfe findet — sie darf nicht aufhören.

Staatskanzler Dr. Renner versichert in einem Schreiben an den Ernährungsminister Schmidt Deutschland des unausführlichen Danis der Deutschösterreicher.

Cecil's Bemühungen.

Lord Robert Cecil, der ehemalige englische Außenminister, der als Privatmann zu den Friedensverhandlungen nach Paris ging, um einen wirklichen Völkerverbund herbeizuführen, und den man wegen seiner überragenden Bedeutung nicht magte abzuweisen, hielt in Liverpool verschiedene Reden, in denen er ausführte: So sei zu beobachten, daß Deutschland und Oesterreich noch immer nicht als Mitglieder des Völkerverbundes zugelassen worden seien. Zwar tadelt er ihre Haltung bei Kriegsausbruch, aber man dürfe die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß das deutsche Volk in den arbeitsamen und reichlich kräftigen Völkern der Welt gehöre und daß es unmöglich sein werde, die politische und wirtschaftliche Krise aus der Welt zu schaffen, wenn nicht alle Völker daran mitwirkten. Außerdem meinte Redner, würden Deutschland und Oesterreich als Mitglieder des Völkerverbundes weniger gefährlich sein, als außerhalb. Cecil hofft, die Vereinigten Staaten würden ihren Weg finden, dem Völkerverbund beizutreten. Tun sie es aber nicht, so werden sie sich nicht allein durch nationale Interessen bestimmen lassen, sondern durch das, was im weltanschaulichen Interesse der ganzen Welt liegt.

Die Deutschamerikaner helfen.

Die erste größere Sendung aus Dampf-Verfahren war an den Reichspräsidenten überbracht, weil in Amerika die Befriedigung regierungsgewaltiger Eingriffe bei Arbeitslosen herrschte. (Wir haben zahlreiche Briefe darüber aus Amerika erhalten. Red.)

General ist heilide sein Königer. Er ist ebenso huldig und müdelos wie der Dichter Hermann, und sein Will ist ihm billig genug, er muß ihn an den Rang bringen. Inzwischen hat man noch diesen ersten Akt noch die Hoffnung, daß die Sache ein Lustspiel wird. Aber der zweite Akt bereitet die Gefahr und Bangenheit des letzten vor, in dem nämlich ein ganz neuer, tiefer Akt eintritt und sich zum ersten Menschen dramatisiert. Die für ein Lustspiel nötigen Verwicklungen bezieht Hermann selbst durch das Bohnensamt, das den Schloßbesitzern ein junges Dr. phil. Höpfer ins Haus bringt. Auf diese Weise schafft er auch dem amourensen Revolvergeneral, der sich im Krieg ausgedient hat, zu vertrieben Kaptenlangeri das weibliche Gegenstück, das aber hier ein wenig aus der Art schlägt und dem Dr. phil. die Treue bewahrt. Wenn der Abend doch etwas Ersprießliches hätte, so war es vor allem Schwannkes prächtiger Humor, den sich mit bescheidenen Wese durch die ganze Atmosphäre verbreitet und begünstigt wird, daneben Waldous (Karamelles Spiel, das Oesterreich bedingungslos immer entsetzt. Da es unmöglich sein wird, für Schwannke als Vorbilder einen Erfolg zu finden, sollte man ihn von jenem Paragraphe seines Intendantenwertens entbinden, der sein Aufsetzen von besonderer ministerieller Erlaubnis abhängig macht. Curt Kowc.

Hundert Jahre Singapur. Die „Sternpost“ Singapores, die Hauptstadt der gleichnamigen Insel, ist im Jahre 1819 von dem englischen Staatsmann Thomas Stamford Raffles gegründet worden. Ihre hohe Bedeutung für die asiatische Staupenfrage nach Ostasien wird ohne weiteres klar, wenn man einen Blick auf die Karte wirft. Die Stadt befindet sich in einem Bogen zwischen der Halbinsel Malakka und der Insel Sumatra vollkommen. Letztere gehörte nebst Java, Bornoe und Celebes den Holländern, doch „übernahmen“ die Engländer 1817 deren auswärtigen Besitz, als Holland selbst von Napoleon I. für Frankreich annektiert worden war. Raffles war von 1811—18 Leutnant-Gouverneur der genannten kolonialischen Inseln. Er hatte mit einem Blick die wichtige Lage der Insel erkannt und schritt daher zur Gründung einer englischen Niederlassung: Singapur. Dieser Ort hat sich rasch entwickelt. Er ist heute eine der wichtigsten Handelsstädte im fernem Osten, für England aber noch wichtiger als Hongkong. Nach Raffles ist übrigens eine Bilanz auf Sumatra, die Malakka, benannt, die schon allein deswegen merkwürdig ist, weil sie die größten überhaupt bekannten Blüten (von einem Meter Durchmesser) enthielt.

Die Volkswirtschaft im Nahrungsmittelgeschäft. Gehen aber der Welter zur Aufführung erworben und mit dem Geld zugleich mit dem „Sohn“ deselben Lebens in der zweiten Hälfte dieses Jahres zur Darlegung bringen.

Ein Schatzkammer für Josef Roder veranstaltet die Berliner Studentenzeitung am 12. Dezember, 12 Uhr mittags, in der alten Halle der Universität. Der Eintritt ist — ohne Gebühr — frei.

Das Deutsche Kreuzband in Charlottenburg hat, wie in der Generalversammlung mitgeteilt wurde, im letzten Geschäftsjahre 278 000 M. mehr verausgabt als verzinnt. Überdies hat die Preissteigerung Waren erforderlich. Die Einführung des neuen Tarifs (am 1. September) erfordert 1 Million Mark Wiederaufbau. Weitere Erhöhung der Einkommensteuern ist für das nächste Jahr geplant.

Die Berthold Otto-Schule.

Von Bernhard Beder-Brendorf.

Das Programm der Schulreform kommt am kürzesten zum Ausdruck in der Forderung der Einheitschule. Alle Hindernisse, die ihrer Verwirklichung im Wege stehen, müssen beseitigt werden. Dazu gehören die Privatschulen. Sie dienen in der Regel einseitigen Standes- und Klasseninteressen und werden durch hohen Kulturkampf der Schule, Präden zu schlagen, zu vernichten und zu verbinden — kurz: ein Volk zu schaffen, in seiner Weise. Besondere bleiben dürfen nur die Privatschulen, die dazu dienen, neue Wege auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung zu suchen und zu erproben. Eine solche Versuchsschule ist die Berthold Otto-Schule in Rudersdorf (Hohenzollern). Keuch war eine Abordnung des Kultusministeriums dort und wohnte dem Unterricht mehrere Stunden bei. Aber schon vor dem Kriege war die Schule das Ziel vieler Hochschüler und Auslandler aus fast allen Ländern der Erde. Und im Besuchsbuch findet man Namen, deren Lehrer internationale Bedeutung haben, z. B. Ellen Key — es ist aber nun an der Zeit, auch weitere Kreise mit Ottos Ansichten bekanntzumachen.

Die landläufige Meinung über die Schule ist die: die Kinder müssen etwas lernen; daher der Zwang auf diesem Gebiete, der sich bis zur bedrückend zugelassenen, so geforderten Körperlichen Müdigkeit steigert und dieses System — darüber muß man sich genau klar sein — ist nichts weiter als der Niederschlag der auch jetzt noch herrschenden Ansichten. Leider ist und Aufklärung nach dieser Richtung hin noch bitter nötig. Und icher sehr die hier vorzuziehenden Probleme herabzuziehen als die Berthold Otto-Schule. Seine Ansichten über die Erziehung sind diesen herrschenden genau entgegengesetzt. Er verwirft nicht bloß die körperliche Strafe, sondern den Zwang in Unterricht und Erziehung schlechthin! Er verlangt völlige Freiheit auf dem Gebiete der Geistesbildung. Nicht: das Kind soll etwas lernen und deshalb muß es von allen Seiten durch alle möglichen Mittel eingegrenzt werden, damit es etwas lernt! sondern es will etwas lernen, und darum muß ihm alle nur denkbare Freiheit gelassen werden!

Dah die Entwicklung des Geistes auch stattfindet, ohne daß planmäßig von Seiten der Schule darauf eingewirkt wird, das weiß natürlich jeder Vater und jede Mutter: Man braucht ja nur an seine eigenen Kinder im vorpubertären Alter zu denken. Nun, auf diese allbekannte Tatsache baut Berthold Otto sein ganzes „System“ auf. Gerade so, wie sich der Geist des Kindes — genau seinen Anlagen entsprechend — im vorpubertären Alter in der Regel entwickelt, ohne jedoch den Zwang von außen, so sollte er sich eben immer, also auch nach dem 6. Lebensjahre entwickeln können. Die heutigen Schulen nehmen aber gerade dem kindlichen Geiste die Möglichkeit. Sie engen ihn, wie schon gesagt, durch Stundenpläne und Bücher, durch alle möglichen Zwangsmittel, durch „Schularbeiten“, d. h. also „Hausarbeiten“ ein, und so kommt es dann, daß der Schüler an den heutigen Schulen gar nicht die Möglichkeit hat, sich seinen Geistesgaben entsprechend zu bilden oder zu entwickeln. Alle die Forderungen, die andere Schulreformer der Ge-

genwart aufstellen, bilden immer nur Teilziele des alles umfassenden Gedankens Berthold Ottos. Sie werden außerdem immer von außen her gestellt. Bei Berthold entspringen sie als Selbstverständlichkeiten den Wachstumsbedingungen des kindlichen Geistes! So drängen beispielsweise vollständige Befreiungen ohne jeden Zwang des Lehrers oder weiteres in den Unterrichtsreis ein — die Kinder verlangen eben Aufklärung über die Tagesereignisse.

So hat sich auch an der Berthold Otto-Schule schon seit langem die Selbstbestimmung herausgebildet, die ihren Abschluß findet in der Fähigkeit des Schülergerichts. Die höchste Stufe, die es verhängt, kennzeichnet meiner Meinung nach am besten den Geist der Schule und — des Unterrichts: Der Schüler kann drei Tage vom Schulbesuch ausgeschlossen werden! In welchen Schulen würden solche Prognosen auch als Strafe angesehen? Die Grundlage des Verkehrs zwischen Schülern und Lehrern ist eben tatsächlich die gegenseitige Achtung und das Vertrauen! Schon rein äußerlich kommt das zum Ausdruck in den „Selbstunterrichts“-Stunden. Da sitzen alle Kinder der Schule um den Lehrer — meist ist es Berthold Otto selber — herum, jeder wie es ihm beliebt, ohne vorchriftsmäßige Haltung, und nun beginnt ein Fragen und Antworten, aber — in der Regel mit vertauschten Rollen! Die Schüler stellen irgendwelche Fragen, die sie interessieren, und der Lehrer oder andere Kameraden beantworten sie. So ergibt sich eine völlig spontane Unterhaltung, die dem heute herrschenden Unterrichtsvertriebe genau entgegengesetzt ist. Der Lehrer ist eigentlich nur so etwas wie parlamentarischer Versammlungsvorsitz. Jedem Schüler steht absolute Redefreiheit zu. Eingangs wird die nur, wenn er dem angestrichelten Thema abschwärzt; dann treten ihm schon seine Kameraden sehr bald ein „But Good!“ zu. Das ist natürlich ebenso selbstverständlich wie alles andere an der Schule: jeder einzeln hat soviel persönliche Freiheit, soweit nicht das Gemeinschaftsleben dadurch beeinträchtigt wird. Diese hier ganz kurz skizzierten Grundzüge, die Berthold Otto für den Schulunterricht fordert, müssen selbstverständlich auch in der häuslichen Anwendung finden. Wie das im einzelnen zu machen ist, das kann hier nicht weiter erörtert werden; wer sich dafür interessiert, greife zu den entsprechenden Schriften Berthold Ottos: „Ratschläge für den häuslichen Unterricht“ und „Vom häuslichen Amt der Eltern“. Im übrigen sei allen ein Besuch der Schule empfohlen.

Hermann Reher „Der Rammstein“ (Uraufführung im Rammstein Theater). In Wien wurde dem neuen Lustspiel Hermann Reher die unbedingte Ehre eines Jenarverbores zuteil. Man schreit dort die Wirkung von ein paar zwifelhastigen Wigen auf die Regierung doch sehr zu überschätzen. Wähme man aber dem Stück dies paar dürftigen Wige, so bliebe nichts als eine bescheidenste Langeweile. Der erste Akt gibt sich ganz lustig mit einem hinken Durcheinander ergähliger Typen aus überreichlicher Welt. Auf Schloß Rostan erwartet man den Herrn zurück. Groß und Kanalliergeneral. Man bereitet sich vor, den durch den Rufmordbruch keiner Welt und durch das Elend des Rückzugs Erschütterten gefast und würdig zu empfangen, aber der

die Angelegenheiten wußten, daß das amerikanische Militär über den schiffen Umfang hinausgehen würde, bildete sich der Deutsche Senatsausschuß für die Amerikasache.

Zwischen dem 15. August und dem 15. November haben zur Verteilung vorgelegt u. a. etwa 100 000 Pfund Mehl, 100 000 Pfund Speis, über eine Million Dosen Misch, Zeilmehl, Reis, Mehl, Schokolade usw., dann Kleidungsstücke aller Art in einem Gesamtwert von weit über 10 Millionen Mark, und zwar auf der Basis der Septemberverteilung.

Zwischen hat die Reichsregierung Liebesgabenentwürfen zur Verteilung an Bedürftige einleitet und gefördert gemacht. Die Liebesgaben sind bisher in diejenigen Teile Deutschlands gesandt worden, wo die Not am größten ist (Oberschlesien, Ruhrgebiet, Sächsisches Erzgebirge, Thüringen, Großhildes und Großhildesregionen mit harter Fingerringherlichkeit). Wenn die Liebesgaben in noch größerer Maße herkommen, so werden nach und nach im Deutschen Reich Liebesgaben an Bedürftige zur Verteilung kommen können. Besonderer Anträge hierfür bedarf es jedoch nicht. Die Verteilung des Bedarfs geschieht durch den Senatsausschuß, die Verteilung durch die Kommunalverbände.

Colins Vortrag.

Der französische Journalist Colin ist in Darmstadt nicht unbekannt, sondern sogar sehr gefeiert worden. In abstrakten Worten vorlesende er hält Vorträge über die Menschheitsfrage, über die veränderte Kritik an der Humanität und Unkultur des Krieges und über besonders die Unmenschlichkeit des Versailles Friedenvertrages hervor, der die Völker in Anarchie und Elend erhalten soll. Die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen durch Frankreich bezeichnet er als das größte Verbrechen und als eine Inhumanität der französischen Regierung am deutschen Volk. Der Ausgang der Wahlen in Frankreich soll das Resultat der demokratischen Macht des französischen Militarismus und Imperialismus sein. Sie betonen aber, mit ihrem, einen großen Erfolg verheißenden Agitationsmaterial für die Idee der Völkerverbrüderung einzutreten. Von der friedlichen geistigen Einigung hängt der Weltfriede ab. Einige halbwüchsige Jungen aus Studentenkreisen suchten die Versammlung zu stören. Sie wurden sofort entfernt.

Scapa Flow.

Aus Entschloß der über die Scapa Flow-Verhandlungen nach Zeitungsberichten verhängten Hungerstrafen ist die Schweiz gebeten worden, Entschuldigungen einzulegen und falls der Sachverhalt zutreffen sollte, nachdrücklich Einspruch gegen die geübte Verletzung der Menschlichkeit zu veranlassen. Geklagte ist die Schweiz gebeten worden, die nach übereinstimmenden Nachrichten aus den Kreisen der Angehörigen der Besatzungen hierher gelangten Beschwerden über sonstige inhumane Behandlung an Ort und Stelle prüfen und noch Möglichkeit abstellen zu lassen.

Kleine politische Nachrichten.

Die Berechtigung sämtlicher Reichsmilitärtruppen auf die Befreiung der Republik ist durchgeföhrt.

Die Verhaftung des Unabhängigen Agnes durch die Engländer soll nur wegen Verhinderung erfolgt sein. Wenn übrigens die Entente das Ansehen verleiht, werden ja die Unabhängigen die Möglichkeit der Vertiefung der Verhandlungen von der besseren Behandlung erproben können.

Graf Westarp scheidet aus dem Staatsdienst aus; er wird demnächst Mitglied des Oberverwaltungsgerichts. Gleichzeitig fordert er aber alle monarchischen Beamten auf, möglichst lange an Amt zu bleiben.

Stralantag gegen die „Freiheit“ hat der Justizminister wegen der Verleumdung preussischer Justizbehörden durch einen Artikel „Am Schandplatz der Geschichte“ gestellt.

Höchstgrenze für Mietsteigerungen. Die die V. V. R. von unrichtiger Seite erfahren, steht der Erlass der Anordnung betr. die Befreiung einer Höchstgrenze für Mietsteigerungen unmittelbar bevor.

Zur Schwelgerfrage gibt die sozialdemokratische Partei den Ausdruck, daß die praktische Durchführung der Abstimmung sich mit der erdohlenen Idee vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen nicht voll und ganz in Übereinstimmung befindet.

Anerkennung der deutschen Verfassung durch die Entente. Der Oberbefehlshaber der alliierten Armeen gibt bekannt, daß die alliierten Regierungen die deutsche Verfassung als gültig anerkennen. Die deutsche Verfassung ist demnach auch im besetzten Gebiet als anwendbar zu betrachten. Die Verfügung vom 15. August, die die Vereidigung deutscher Beamten auf die neue Verfassung untersagt, ist außer Kraft gesetzt.

Rahel hat Berlin verlassen, um an der Dorpater Friedenskonferenz teilzunehmen.

Beitrag zur Gewerbesteuer. Der Oberste Rat hat dem Bundesrat mitgeteilt, daß Staatskanzler Renner persönlich ihm die unzulässige wirtschaftliche Lage und das schreckliche Elend Deutschlands darstellte.

Frankreich (abrukt) die deutsche Lebensmittelversorgung. Eine Verordnung des Oberkommandierenden der französischen Rheinarmee bestimmt, daß die während des Krieges von der Deutschen Regierung bezogene Regelung betreffend Nationalisierung und Verteilung der Lebensmittel (Getreide, Alkohol, Futtermittel usw.) auf diejenigen Waren keine Anwendung findet, die in die durch die Rheinarmee besetzten Gebiete aus den alliierten Ländern eingeführt werden. Sobald diese Waren vorrätig sind, können sie keinesfalls auf Befehl der Berliner Wirtschaftsstelle beschlagnahmt werden.

Blumenrecht. Die Delegation der belgischen Frontpartei, die angeblich bei der Friedenskonferenz vorzuzugeln werden sollte, um die Autonomie Flanderns zu verlangen, ist vom Generalbefehlshaber Dutaile nicht empfangen worden. Diese Frage soll sofort nach der Kammereröffnung zum Gegenstand einer Interpellation gemacht werden. „Petit Journal“ verlangt die Freitragung der Leute, weil sie das Wiedererleben einer Katastrophe erleben, die während des Krieges in Belgien von den Deutschen aufgeführt worden ist.

Reise der amerikanischen Abordnung. Es geht nunmehr fest, daß die amerikanische Abordnung am 15. Dezember nach Amerika heimkehrt. Vorkämpfer Bolke wird als Vertreter der Vereinigten Staaten im Obersten Rat zurückbleiben, doch wird er nur diplomatische Aufgaben haben, ohne das Recht, in wichtigen Fragen eine Entscheidung zu treffen.

Kundgaben mit den Friedensverträgen mit folgenden Bedingungen untergeordnet: Die Bestimmungen bezüglich der Regelung der Indemnitäten werden vorgelegt. Die bereits erfolgte Regelung dieser Frage durch ein besonderes Gesetz wird als unzulässig erklärt. Es wird auf jede Einkünfteerhebung bezüglich der Schaffung neuer Gesetze verzichtet, die Kundgaben für den Krieg der Minoritäten als notwendig erachtet wird. Nach Unterzeichnung der Lage werden lokale Grenzberichtigungen gewährt. Wird der Oberste Rat auch diesen Forderungen mit nachstehenden Befürdungen entgegenkommen?

Groß-Berlin

Der Brand in der englischen Vorkasse.

Zu dem bereits in der Sonntag-Morgenausgabe gemeldeten Brand der Englischen Vorkasse in der Wilhelmstraße eroberten wir noch folgendes: Das Feuer hatte den ganzen Dachstuhl ergriffen. Das benachbarte Gebäude des Reichs war eine Zeitlang in großer Gefahr. Die Arbeiter der Feuerwehre gestellten sich außerordentlich schätzig, die harte Rauchentwicklung und die ungenügende Höhe des Brandherdes ein Eingreifen sehr erschwerte. Es wurden vier mechanische Leitern in den Dienst gestellt und auf dem Wege über die Hintertreppen mit der Befreiung des Raumes begonnen. Erst nach mehrstündiger Arbeit gelang es unter Führung des Branddirektors Reichel, das Feuer, das an den Holzrücklagen des Bodens reichliche Nahrung gefunden hatte, zu löschen. Der größte Teil des Dachstuhls ist eingestürzt. Die Räume der oberen Etage haben unter dem Wasser sehr stark gelitten. Erst gegen 12 Uhr konnte die Feuerwehre den Brandplatz verlassen. Das Vorkassengebäude wurde von den englischen Missionen zu Zweckzwecken benutzt und nur von dem Pförtner bewohnt.

Die Beamten gegen die Reaktion.

Stiergehn Beamtenversammlungen veranstalteten unsere Parteigenossen am Sonntag in Berlin und Vororten. Die Referenten schilderten die allgemeine politische Lage und betonten, daß die reaktionären Bestrebungen und Treibereien, die sich in letzter Zeit vielfach bemerkbar machen, mit aller Entschiedenheit bekämpft werden müssen. Die Uneinigkeit der Arbeiterschaft sei zum großen Teil Schuld daran, daß sich die Reaktionäre wieder aus ihren Schlupfwinkel hervorwagen, in die sie sich nach der Revolution vertragen hatten. Einigkeit des Proletariats, zu dem ja auch die Beamten in ihrer größten Zahl gehören, sei die erste Voraussetzung zur wirksamen Bekämpfung der Reaktion. Die Beamten, unter dem monarchischen Regiment als willenslose Diener des Staates betrachtet, haben als Bürger der deutschen Republik das Recht der Koalition und der freien Meinungsäußerung gleich jedem andern Staatsbürger. Die Beamten werden sich deshalb nicht vor den Wagnern der Reaktion spannen lassen, denn sie würden sich dadurch selbst in den alten Zustand der Rechtlosigkeit zurückführen.

Die Redner aus den Reihen der Beamten wiesen darauf hin, daß die Reaktion unter den höheren Beamten zahlreiche Anhänger habe, die immer noch nach dem alten System arbeiten und den Geist der neuen Zeit

Achtung! E. V. D.-Metallarbeiter!

Donnerstag, 6 1/2 Uhr, Vorgesprechung in der Bahnhofsbebauerei, Bismarckstr.

an ihrem Bereich fernzustehen sich bemühen. Konserbative und antisemitische Agitation werde in diesen Kreisen oft getrieben. Es sei die höchste Zeit, daß Leute, die ihre Stellung als Beamte der Republik zu monarchistischen Treibereien ausnutzen, durch zuverlässige Beamte ersetzt werden, die auf Grund ihrer Zugehörigkeit zur Republik dienen und sie zu schützen entschlossen sind. Die Unterscheidung der Beamten in höhere, mittlere und untere Beamten müsse schwinden. Wer sich schließt auf den Boden der republikanischen Verfassung stellt und in diesem Sinne seine Tätigkeit als Beamter ausübt, der fördert den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg des deutschen Volkes.

Selbsthilfe in der Wohnungsnot.

Die „Ortsvereinsleitung Groß-Berlin für Angekündigten-Heimstätten“, in der zahlreiche Angekündigtenverbände aller Richtungen zusammengeschlossen sind, veranstaltet gegen eine Kundgebung gegen die Wohnungsnot der Privatangehörigen.

Die nach dem Jizus Ruf einberufene nur sehr schwach besetzte Versammlung hörte einen Bericht des Herrn Otto Ziel über die Bemühungen, im Wege der Selbsthilfe durch die im August 1918 von Angekündigtenverbänden gegründete „Gewinnwähliges Allen-Gesellschaft für Angekündigten-Heimstätten“ (GAGH) die Wohnungsnot zu bekämpfen. Diese Organisation ist über das ganze Reich verbreitet, und es sind Bestimmungen getroffen, die den Angekündigten ihre an dem bisherigen Wohnort erworbenen Karosche auf eine Heimstätte auch bei Verdrängung nach einem andern Ort zu sichern. Ziel erhub gegen die frühere Regierung, noch mehr aber gegen die jetzige den Vorwurf, daß sie nichts von Lösung der Wohnungsnot getan habe. In Groß-Berlin werde den Angekündigten die Lösung der Heimstättenfrage ganz besonders erschwert. Deshalb Angriffe richtete der Vortragende gegen den preussischen Finanzminister Südekum, der es dieser Selbsthilfeorganisation der Angekündigten aus fiskalischen Gründen bisher unmöglich gemacht habe, eine Siedlung auf Döhlener Gebiet anzulegen. Ebenso schärfte er die Kritik gegen den Wohnungsverband Groß-Berlin, wobei ihm das Mißgeschick widerfuhr, daß er auch dessen Leiter der „völlig unzulässigen Regierung“ zur Last legen zu dürfen glaubte. In der Debatte wurde ihm entgegengehalten, daß hier wohl die Wohnungsnot der Privatangehörigen zu parteipolitischen Zwecken ausgenutzt werden solle.

Die Versammlung nahm eine Entschließung an, die die Selbsthilfe durch die GAGH begrüßt. Aufschärfte sei an mitleidigen, daß die „geradezu ungenügende Anzahligkeit und der Mangel an sozialem Empfinden, womit Minister Südekum die Freigabe fiskalischer Geländes für den gemeinnützigen Wohnungsbau zugunsten von Elendknoten vereitelt“. Die Versammlung ersucht das Preussische Staatsministerium dringend, des Finanzministers ablehnende Entscheidung rückgängig zu machen. Die Preussische Regierung wird ferner ersucht, der Öffentlichkeit eine Rechtfertigung darüber zu erteilen, ob bei Vergütung der dem Wohnungsverband aus der Staatskasse gewährten Millionen öffentlichen oder kapitalistische Interessen gewahrt worden sind.

Angenommen wurde noch der Zusatz, daß nur ein bahnenreformatisches Heimstättengesetz das deutsche Volk vor dem Untergang bewahren könne, und daß nur Vertreter dieses Gehaltens an die Spitze des zu schaffenden Reichs-Heimstättenrats gestellt werden sollten.

400 000 Mark erlöshindelt.

Einen ansehnlichen Vorkasseneinzel hatte der 24 Jahre alte Papierfabrikarbeiter Carl Hoffmann in Szene gesetzt, der Sonnabendmorgens 400 000 Mark erlöshindelt. Er hatte eine ausländische Firma, die in Deutschland Chemikalien zu kaufen suchte, mitgeteilt, daß er solche in großer Menge liefern könne. Er bewarb Briefbogen, die mit dem Anbruch einer Firma versehen waren, die gar nicht besteht. Er lösch unter dieser Firma mit der ausländischen Firma einen Vertrag ab, nach dem letztere ein Altkredit auf eine halbe Million zu stellen und diese den Betrag der Lieferung bei Vorzeigung des Duplikatnachweises zu zahlen hatte. Er ließ nun auf geübliche Handelswege Bestellungen von 100 000 M. und mehr in Mengen über 400 000 M. ab. So aber die Waren bei der ausländischen Firma nicht eintrafen, sandte diese einen Vertreter herbei, der bei seinen Nachforschungen auf dem Wohnort, von dem die Waren abgegangen sein sollten, feststellte, daß dort gar keine Sendungen aufgeben worden waren.

Er sah, daß seine Firma einem Schwindler in die Hände gefallen war und ließ das Bankkonto sperren. Als nun Hoffmann, um wieder einen Betrag von 80 000 M. abgeben wollte, wurde er von Kriminalnachrichtenerdetter Herber in Empfang genommen und nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Hoffmann war früher Kaufmann und zuletzt Hilfsarbeiter beim Berliner Magistrat. Von dem erlöshindelten Gelde hatte er seine Braut auf das vornehmste eingeliefert und auch für seine Schwiegereltern in freudiger Weise gesorgt. Er hatte für sie in deren Heimat in Bommern ein kleines Anwesen erworben. Er selbst wollte mit seiner Braut nach seiner Heimstadt Stuttgart übersiedeln und hatte bei einer dortigen Bank 180 000 M. eingekassiert. Unterdessen lebte er in seiner jetzigen Zeit auf atztem Platz. Geld und Ausfahrten verschlangen täglich hohe Summen.

Von dem erlöshindelten Gelde konnten bisher etwa 200 000 M. für die geübliche Firma sicher gestellt werden. Der Verfahren wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Die alten große Fruchtbarkeit einer Berliner Ehefrau führte zur Aufhebung eines ungewöhnlichen Lebensmittelpatents. Die 36 Jahre alte Bertha Müller besuchte in kurzen Zwischenräumen fast alle hiesigen Ständebörsen und zeigte an, daß die Ehefrau eines Soundso Willings geboren habe. Mit der Anmeldebestätigung begab sie sich dann getadelt nach der zuständigen Brotkommission und ließ sich Karten für alle Nahrungsmittel geben, die für Säuglinge und deren Mütter bestimmt sind. Mit diesen Karten beschaffte sie sich die Nahrungsmittel, Mehl, Zucker usw., um sie für teures Geld zu verkaufen. So waren schon an die 30 Willingskinder des gleichen Namens in die Bitten der Ständebörsen und der Brotkommission hineingekommen, als die Aufklärung und die Untersuchung endlich den Schwindel ans Licht brachte. Die Häckerin ist noch nicht ergriffen.

Bestrafung eines Rechtsanwalts. Der 58 Jahre alte Rechtsanwält Walter Zimmermann aus der Bismarckstr. 8 zu Friedenau wurde gestern nachmittags in dem Kolonnenraum des Preussischen Verlags in der Lindenstraße 16/17 erkrankt aufgefunden. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt. Der Grund des Selbstmordes ist noch nicht geklärt.

Petershagen. Gemeindevertretung. Die Gesichter der ewig Anzuglebenden werden immer länger. Sie wollen oder können nicht begreifen, daß ein sozialistischer Gemeindevorsteher die Geschäfte der Gemeinde einwandfrei führen kann. Für diese Leute keine Kleinigkeit, sich einer demokratischen Ordnung zu unterwerfen. — Die Vorlage einer Aufbauseitsteuer fand Annahme gegen die Stimmen der Unabhängigen. — Beschaffungsbeihilfen für die Angestellten der Gemeinde fanden einstimmige Zustimmung. — Die Rechnungen sämtlicher Kommissionen fanden ihre Erledigung. — Eine Erhöhung der Wasserpreise mußte stattfinden. — Mietzinsausnahmestellen sind Gen. Guhmann und Herr Ulse. — Am 15. Dezember wird der Bahnhof Petershagen dem Versteig übergeben. — Den Volkshaus wurden 6 M. 7 P. pro Raummeter bewilligt. — In der Parteifrage sind auch wir nicht zu den besten Hoffnungen berechtigt. — Grundenwerbssteuer wird auch hier rückwirkend ab 1. Oktober in der höchst zulässigen Höhe von 1/4 Proz. erhoben.

Weiterbericht bis Dienstag mittags: Kälter, wolfig, teils anfallend mit mildernden Niederschlägen in Schauern bei mäßigen Nordwestwinden. Nachts Frost.

Schlusssatz der Kriegsgeschichtlichen und Niederbrennen. Brief 21. Friedenau. Versammlung Dienstag 10 Uhr bei Schwarz, Wiesenborst 25.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Wickel, 150 Gramm Mischflocken (108), 200 Gramm ausländ. Mischflocken (84), 2 Stück Pfefferkörner (25), 1 Liter Petroleum (23). Für Frauen: 125 Gramm Honig, 250 Gramm Weizenmehl. Für Kinder bis zum 2. Lebensjahre gegen Mischflocke A I und A II 2 Packchen Reis und 1 Packchen Mischflocke; bis zum vollendeten 8. Lebensjahre gegen Mischflocke B I, B II, C I und C II 1 Packchen Weizenmehl 1 250 Gr., 1 Packchen Mischflocke. Für Personen über 60 Jahre 250 Gramm Weizenmehlsuppe u. 1 Tasse Malzextrakt.

Wurst, 150 Gramm Wurst (10 A). Herberde Wurst vom 4. Monat der Schwangerschaft ab erdalen als Sonderverteilung: 1 Pfd. Reis, 2 Packchen Zwiebel, 2 Packchen Feinmehl und 1 Pfd. Mischflocke. Die Waren werden in der Schulungsbürogebäude Berliner Straße 14, Eingang Florstraße, verabfolgt.

Teufel, 250 Gramm Reis (100 u. 45 N.). Für Kinder im 5. u. 6. Jahr 300 Gramm Mischflocken, 3 Packete Reis (C I u. C II). Für werdende und stillende Mütter 1000 Gramm Mischflocken, 500 Gramm Reis, 500 Gramm Mischflocke.

Gründerzeitung. Der zum 1. Dezember fällige Anker 10 M. wurde noch nicht eingetroffen. Die Ausgabe wird sich noch um einige Tage verzögern.

Lichterle. 65 Gramm Quaspermehl (21).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

12. Ubr. Die Sitzung der Funktionäre und Vertrauensleute findet am Dienstagabend 7 Uhr bei Reiser, Bismarckstr. 1, statt.

13. Ubr. Dienstag, 7 1/2 Uhr. Sitzung der Abteilungs- und Bezirksleiter bei Blume, Bismarckstr. 41. — Mittwoch, 7 Uhr. Mitgliederversammlung, Bismarckstr. 11, Scharfau.

14. Ubr. Mitgliederversammlung Dienstag, 7 Uhr. Krieger, Verkehrsbergr Straße 26.

Telegrom-Dienstleistungen. Heute abend 7 Uhr Funktionärsitzung bei Frau. Baumgartenweg, Bismarckstr. 72.

Wohnbau. Besondere Vertreterversammlung am Dienstag, 8 Uhr, im Reuterhaus, Kaiser-Wilhelm-Straße, Thema: „Der Feind steht rechts.“ Referent: Robert Kummer-Berlin.

Grünau. Mittwoch 8 Uhr im „Möbeldruck“, Christ, Verkehrsbergr, öffentliche Versammlung. Zu diesem Zweck Sonntag früh Parteiverammlung um 8 Uhr von 10 Uhr an.

Jugendveranstaltungen.

Sitzung, 8 1/2 Uhr. Heute 7 Uhr, Jugendheim, Bismarckstr. 124, Mitgliederversammlung.

Gewerkschaftsbewegung

für die freie Gewerkschaft.

Eine Auseinandersetzung über die Organisationsfrage gab es am gestrigen Sonntag in einer vom Transportarbeiterverband einberufenen, sehr zahl besuchten Versammlung der im Postdienst beschäftigten Unterbeamten, Ausbesser usw., die im großen Saal des Gewerkschaftshauses lagte. Der Referent Schmidt vom Transportarbeiterverband betrat den Standpunkt der freien Gewerkschaft und führte aus: Der aus dem Bund der Telegraphenarbeiter und Handwerker hervorgegangene Zentralverband der Post- und Telegraphenbediensteten sei kein Zentralverband wie die freien Gewerkschaften, sondern ein Kartell nach Art der überlebten Arbeiter, der als Vertreter der Interessen des Postpersonals nicht in Frage kommen könne. Die Ausbesser, Boten, Hilfskräfte usw. bei der Post könnten nur den Transportarbeiterverband als die ihre Interessen wirksam vertretende Organisation betrachten.

In der Diskussion kamen auch Mitglieder des Zentralverbandes der Post- und Telegraphenbediensteten zum Wort. Die ihre Organisationsempfehlung. — Schließlich wurde fast einstimmig eine Resolution angenommen, die sich gegen den Kartellverein sowie gegen die in derartigen Fällen propagierte Petitionsorganisation und für die moderne Gewerkschaft erklärte und ein gemeinsames Zusammenarbeiten von Beamten und Lohnempfängern empfiehlt zum Zweck der erfolgreichen Vertretung der wirtschaftlichen Interessen aller Berufsgruppen.

